



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 27.01.2012

DIENSTWAGENBESTEUERUNG UNÖKOLOGISCH UND UNSOZIAL - ÖKONOMEN FORDERN INTELLIGENTE REFORM

Der Kauf von Dienstwagen wird jährlich mit fast fünf Milliarden Euro vom deutschen Steuerzahler subventioniert. Am stärksten profitieren davon Manager mit den höchsten Einkommen, die das Fahrzeug am meisten für private und besonders weite Fahrten nutzen. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) legt jetzt Eckpunkte für eine Reform der Dienstwagenbesteuerung vor. Das Ziel sind Kaufanreize für besonders effiziente Fahrzeuge – und damit ein Innovationsimpuls für die Automobilindustrie.

„Eine intelligente Reform der Dienstwagenbesteuerung kann der Elektromobilität zum Durchbruch verhelfen, unser Steuersystem fairer machen – und dabei noch Milliarden einsparen“, sagt Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS und fährt fort: **„Mit den jetzigen Regelungen entgehen dem Staat nicht nur jährlich rund 4,6 Mrd. Euro in Zeiten angespannter Haushaltskassen, sie sind auch ökologisch bedenklich und schaffen Steuervorteile für Besserverdienende“.** Das FÖS begrüßt daher die Reformvorschläge die heute, auf einen Antrag von Bündnis90/Die Grünen hin, im Bundestag diskutiert wurden. Mit den "Wirtschaftsweisen" hatten zuletzt auch die führenden deutschen Ökonomen in ihrem Jahresgutachten eine Reform der Dienstwagenbesteuerung angemahnt.

Durch die volle Absetzbarkeit des Kaufpreises und der Betriebskosten besteht für Firmen ein Anreiz teure, oft übermäßig klimaschädigende Fahrzeuge anzuschaffen. Arbeitnehmer, denen Dienstwagen zur Verfügung gestellt werden, versteuern aktuell monatlich ein Prozent des Listenpreises unabhängig von der tatsächlichen Nutzung. Zusätzlich bezahlen Firmen häufig die anfallenden Betriebskosten, darunter auch Treibstoff. Damit sind nicht nur dienstliche, sondern auch private Fahrten für den Halter quasi kostenlos.

“Durch die bisherigen Regelungen profitieren diejenigen am meisten, die am weitesten fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatanteil aufweisen, die teuersten und neuesten Fahrzeuge nutzen, den verschwenderischsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Das ist sozial ungerecht und konterkariert die klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung,“ meint Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS. Dienst- und Firmenwagen haben einen erheblichen Anteil auf die Zusammensetzung des Automobilbestandes in Deutschland. Laut Kraftfahrtbundesamt lag ihr Anteil bei den Neuzulassungen 2010 bei 57,4 Prozent. Da diese Fahrzeuge meist nach vergleichsweise kurzer Zeit weiterverkauft werden, dominieren sie auch den Gebrauchtwagenmarkt.

Vor diesem Hintergrund fordert das FÖS eine grundlegende Reform um die bestehenden sozial- und umweltpolitischen Fehlsteuerungen zu korrigieren. Unter anderem werden folgende Eckpunkte vorgeschlagen:

- **Steuerliche Absetzbarkeit der Anschaffungs- und Betriebskosten von Dienstwagen muss sich an ihrer Klimawirkung orientieren**

Fahrzeuge, die über den europäischen Zielwerten für CO₂-Emissionen liegen sollen nicht mehr voll abgesetzt werden können, während für schadstoffärmere Fahrzeuge weiterhin alle Kosten voll absetzbar bleiben. Damit werden zum einen Firmenwagen mit niedrigen Verbrauchswerten begünstigt und zum anderen die zur Zeit noch in der Anschaffung teuren Elektrofahrzeuge für Unternehmen attraktiv.

- **Keine „Flatrate“ zur Umweltschädigung**

Anstatt der aktuellen pauschalen Versteuerung von ein Prozent des Listenpreises, muss sich die Besteuerung privat genutzter Firmenwagen stärker an Umweltbelastung und tatsächlicher privater Nutzung orientieren. Mit einer vergleichbaren Regelung wurden bereits in Großbritannien gute Erfahrungen gemacht und innerhalb kurzer Zeit Erfolge für den Klimaschutz erzielt.

- **Langfristige und nachhaltige Innovationsanreize setzen**

Eine über den Zeitverlauf schrittweise Absenkung der Zielwerte für CO₂-Emission schafft einen anhaltenden Anreiz für Innovationen und Entwicklungen der Automobilindustrie. Dadurch wird unsere Umwelt nachhaltig entlastet und zusätzlich auch die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie gestärkt.

Durch das FÖS-Konzept kann die Dienstwagen-Besteuerung nicht nur wertvolles Instrument einer nachhaltigen, klimaschonenden und innovationsfördernden Verkehrspolitik sein, auch der Bundeshaushalt und damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen könnten mit bis zu 4,6 Mrd. Euro jährlich entlastet werden.

Eine ausführliche Diskussion verschiedener Reformoptionen hat das FÖS in einer Studie unter dem Titel „Steuerliche Behandlung von Firmenwagen in Deutschland“ zusammen mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität Köln (FiFo) und Prof. Dr. Stefan Klinski (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) im Mai 2011 veröffentlicht. Sie steht kostenlos als Kurzfassung (http://www.foes.de/pdf/2011_Firmenwagenbesteuerung_kurz.pdf) und ausführlich (http://www.foes.de/pdf/2011_Firmenwagenbesteuerung_lang.pdf) zur Verfügung.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (030-76 23 991-40)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.